



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Reinigung der konservativen Partei. Über die Trennung Stöckers von seinen konservativen Parteigenossen haben die Linksliberalen, die Mittelparteiler, die Zentrumsleute, die Sozialdemokraten und er selbst einerlei Meinung: sie bedeuten den Verzicht des Parteivorstandes auf Sozialpolitik oder, was so ziemlich dasselbe ist, auf den Ruf der Arbeiterfreundlichkeit. Daß dieses wirklich die Bedeutung des Ereignisses ist, ergibt sich aus der Verwerfung von Stöcker's Antrag im Eisen-ausschuß, und daß es Stöcker selbst so versteht, aus seiner Erklärung in der Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung. Die genannten Parteien freuen sich darüber aus verschiedenen Gründen, die linksseitigen, weil sie hoffen, daß die Konservativen dadurch Wähler verlieren werden, die Katholiken, weil dadurch die Gefahr der Konkurrenz, die ihnen die konservative Partei gie und da macht, geringer wird, die Mittelparteiler, die mit der unverwüßlichen Hoffnungskraft der alten Jungfer aufs Kartell, aufs Gelingen einer Politik gegen das Einmaleins, harren, daß nun endlich, nach Ausscheidung der Klerikalen und der sozialen Elemente, die Konservativen reif sein werden für die nationalliberale Führung, was die konservative Korrespondenz für Illusion erklärt. Stöcker und die Konservativen freuen sich natürlich weniger. Beide haben einander gegenseitig als Werkzeug gebraucht; die Konservativen fischten mit Stöcker Wähler in den Kreisen des Kleingewerbes und der Arbeiter, und Stöcker benutzte die Partei — für seinen persönlichen Ehrgeiz, sagen seine Gegner — wir sagen bloß, für seine sozialpolitischen Pläne. Jede solche politische Handelsgesellschaft nimmt schließlich einmal ein Ende, und da bei der Liquidation für beide Teilhaber nichts als Ärger und Verlust übrig zu bleiben pflegt, so ist sie kein angenehmes Geschäft. Die Konservativen haben außerdem gegen die Deutung, die dem Vorgange allgemein gegeben wird, Schande halber zu protestieren, und der Graf von Limburg-Stirum versichert in einer Zuschrift an die Schlesi'sche Zeitung, daß er zwar, im Gegensatz zu Stöcker, die Sozialdemokratie mit Machtmitteln bekämpft wissen wolle, aber zugleich an dem konservativen Programm von 1892 festhalte, wonach „die soziale Reform durch Hebung der innern und äußern Lebenshaltung des Arbeiterstandes und durch wirtschaftliche Hebung der Mittelstände stetig fortzuführen sei.“ Dafür, daß die stetige Fortführung kein allzu rasches Tempo annimmt, ist ja wohl schon gesorgt; bemerkt doch die Schlesi'sche Zeitung in einer Nachschrift zu dem Briefe des Grafen, „im Kampfe gegen eine verkehrte, dem konservativen Geiste fremde Sozialpolitik“ kämen „die Konservativen vielfach nicht dazu, werbend für den richtigen sozialpolitischen Gedanken einzutreten.“ Diese Entschuldigung wird noch lange und jetzt erst recht vorhalten, da Stöcker, ohgleich er noch „rechtser gehen“ will, doch wahrscheinlich weiter nach links abschwenken, also die „falsche“ Sozialpolitik stärken wird, und auch nur darüber ins Klare zu kommen, worin eigentlich die richtige konservative Sozialpolitik besteht, wird nicht so bald möglich sein, da man ja noch gar nicht weiß, was und wer konservativ ist. Am 7. schrieb die Schlesi'sche Zeitung, manche konservative Pressorgane fühlten sich unangenehm berührt dadurch, daß man zuverlässige Informationen über Vorgänge innerhalb der konservativen Partei in ihren, der Schlesi'schen, Spalten finde; die Kreuzzeitung ereiferte sich darüber, daß „so etwas“ in Zeitungen wie der Schlesi'schen zu lesen gewesen sei, die doch „mit der konservativen Partei nichts zu thun haben.“ Darauf erwidert die Schlesi'sche Zeitung mit der spöttischen Frage: „Wirklich? Ist die Kreuzzeitung ihrer Sache so sicher?“ und stellt es als eine allgemein bekannte Thatsache hin, durch deren Leugnung man sich nur lächerlich mache, daß einflußreiche Führer der konservativen Partei in enger Verbindung mit ihr stehen.

Einige demokratische und auch katholische Blätter haben hervorgehoben, daß von den drei volkstümlichen oder wenn man will demagogischen Bewegungen, deren sich die ostelbischen Rittergutsbesitzer bedient haben, um die mittlern und untern Volksschichten an sich zu ziehen, nun schon zwei, die antisemitische und die christlich-soziale, von der konservativen Partei abgestoßen worden und in feindlichen Gegensatz zu ihr getreten sind, und sie glauben daraus die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß sich dieser Reinigungsprozeß recht bald auch auf die dritte, durch den Bund der Landwirte vertretene, erstrecken werde. Dem hat jedoch die Kölnische Volkszeitung ganz richtig entgegengehalten, daß daran nicht zu denken sei, weil die Ziele des Bundes der Landwirte mit denen der konservativen Parteileitung zusammenfallen; nach andern Schlagworten wird sich der Bund allerdings umsehen müssen.

Die Auseinandersetzung zwischen der konservativen Parteileitung und Stöcker ist zunächst darum ein erfreuliches Ereignis, weil das politische Leben an Ehrlichkeit gewinnt, wenn die Konservativen als reine Agrarierpartei auftreten und auf christliche und soziale Redensarten verzichten. Dann noch aus einem andern Grunde. Je weniger das Agrariertum mit fremden Elementen und Bestrebungen verquickt ist, desto deutlicher wird es sich zeigen, daß die Hindernisse, die der Verwirklichung seiner Pläne im Wege stehen, nicht außer ihm, sondern in ihm liegen. So lange es antisemitische und christlich-soziale Ziele verfolgte oder zu verfolgen schien, war es weder der Regierung noch der Mehrheit der Volksvertretung sicher, als reine Agrarierpartei beherrscht es beide Mächte. Das vorigemal haben wir darauf hingewiesen, daß in der Regierung, dieses Wort im weitesten Sinne genommen, auch nicht ein Mann sitzt, der nicht von Herzen, schon aus persönlichem und Familieninteresse, die Landwirtschaft so einträglich und die Gutsbesitzer so wohlhabend wie möglich zu machen wünschte. Heute erinnern wir noch daran, daß nicht allein der preussische Landtag, sondern auch der Reichstag, der aus dem vielgeschmähten allgemeinen Wahlrecht hervorgegangne vielgeschmähte Reichstag, eine agrarische Mehrheit hat: die Freikonservativen, das Zentrum, die Polen und ein Teil der Nationalliberalen sind ganz ebenso agrarisch wie die Konservativen, nur daß sie nicht Pläne als Agitationsmittel gebrauchen mögen, deren Unausführbarkeit auf der Hand liegt, und daß das Zentrum den Bund der Landwirte als Konkurrenten um die Gunst der Bauern verabscheut. Es giebt keine Macht im Staate, die die Agrarier hindern könnte, sich mit so viel „kleinen“ Mitteln zu helfen oder zu bereichern, als sie wollen, wenn sie nur unter sich einig würden. Diese ihre Uneinigkeit, die aus dem widerspruchsvollen Wesen ihrer Ziele entspringt, zu verdecken, projiziert ihre Phantasie oder ihre Taktik die innern Hindernisse in die Außenwelt: in die Manchesterleute, in die Judenpresse, in die Börse, in die Minister und Geheime räte hinein. Die Gegner der Agrarier sollten die Herren ruhig allein machen lassen; diese können keine Maßregel besprechen, ohne einander, wie bei den Staffeltarifen, gegenseitig in die Haare zu geraten. Die Zuckersteuerreform stellt das reine Paradigma aller protektionistischen Maßregeln dar. Den Zuckerpreis kann man auf keine andre Weise heben als durch Beschränkung der Produktion; wird aber diese kontingentirt, dann schreien die Landwirte, die ebenfalls Rübenboden, aber noch keine Zuckerfabriken haben: mit welchem Recht wollt ihr uns eine gewinnbringende Verwertung unsers Bodens verbieten, die euch reich gemacht hat? Ähnliche Widersprüche ergeben sich bei allen gegen die Verschuldung vorgeschlagenen Maßregeln. Die Verhandlungen des Landwirtschaftsrats über Lagerhauswesen und Warrantverkehr am 6., und die des Reichstags über die Transfitlager am 7. enthüllen nicht geringere innere Schwierigkeiten. Schon jammern unsre Landwirte über die neue Schädigung ihrer Interessen, die ihnen aus der bevorstehenden Er-

öffnung des Dortmund-Emskanals und namentlich aus der billigen Fracht auf diesem Kanal zu erwachsen drohe. Sie würden am liebsten alle Wasserstraßen und das ganze Meer sperren, wenn nur nicht — ihr Zucker und ihr Spiritus übers Meer müßten.*) Je weniger, wie gesagt, die Bestrebungen des Agrariertums durch anderweitige, ernsthaft gemeinte oder bloß auf die Gewinnung anderer Volksschichten berechnete Programmsätze der konservativen Partei verdeckt werden, desto deutlicher wird es sich zeigen, wie weit diese Bestrebungen, denen äußere, der Macht des ritterlichen Grundbesitzes ebenbürtige feindliche Mächte nicht im Wege stehen, verwirklicht werden können, und wie weit sie an innern Widersprüchen scheitern müssen.

Die amtlichen Erhebungen über das Handwerk. Die Ergebnisse der im Sommer 1895 veranstalteten Erhebung über Verhältnisse im Handwerk, bearbeitet im kaiserlichen statistischen Amt, sind noch unmittelbar vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von Handwerkerkammern dem Reichstage zur Kenntnis zugegangen, ohne jedoch bei den Verhandlungen im Plenum am 16. und 17. Dezember v. J. — abgesehen von einer kurzen Erwähnung von dem Staatssekretär des Innern — irgendwie in Betracht gezogen zu werden. Wir wollen unsre Leser kurz über den Inhalt des sehr umfangreichen statistischen Werks, das nicht im Buchhandel erschienen ist, unterrichten und seine praktische Bedeutung für die Behandlung der Handwerkerfrage beleuchten.

Wer heute über diese Frage schreibt, muß sich bewußt sein, daß kaum auf irgend einem sozialen oder wirtschaftlichen Gebiete die vorgefaßten Meinungen so ihr Wesen treiben wie hier. Was man sich als das Handwerk der Vergangenheit vorstellt, entspricht in der Regel ebenso wenig der Wirklichkeit, wie das Bild, das man sich von dem Handwerk der Gegenwart macht, und vollends entbehrt das, was man sich als die zukünftige Gestaltung und Lage des Handwerks denkt, fast durchweg jedes Anhalts an irgendwo oder irgendwann dagewesene, bekannte Verhältnisse und tatsächliche Unterlagen. Es ist deshalb schwer, aber auch andererseits besonders nötig, daß der Statistiker auf diesem Gebiete zu ihrem Rechte verholfsen werde, mag immerhin dadurch manche hüben und drüben zum Parteidogma erhobne Anschauung durch die statistische Beleuchtung etwas an Bedeutung verlieren. Schon als erster Versuch der amtlichen deutschen Statistik nach dieser Richtung hat das neue Werk des statistischen Amtes Anspruch auf eine besondere Beachtung.

Über die Gründe, die zu diesem ersten Versuche geführt haben, das Handwerk als solches einmal statistisch zu erfassen, spricht sich der Reichskanzler bereits in seinem Rundschreiben vom 27. Mai 1895 vollkommen klar aus. Es heißt dort wörtlich: „Wie bekannt ist, besteht in den Kreisen des organisierten Handwerks das lebhafteste Verlangen, daß dem Handwerkerstande eine festere, namentlich auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung leistungsfähigere Organisation gegeben werde, als sie die bisherigen fakultativen Innungen zu bieten vermögen. Bevor zu diesen Wünschen Stellung genommen werden kann, muß vor allem weiterein ein Urteil über die tatsächliche Durchführbarkeit einer allgemeinen lokalen Organisation des

*) Mit dem zweiten „großen“ Mittel hat der Reichskanzler am 8. ausgeräumt. Er hat dabei die Gabe einer wahrhaft sozialistischen Ironie entfaltet. Zudem er den Bimetallisten Recht zu geben schien, legte er die Währungsverhältnisse genau so dar, wie wir es gelegentlich und bruchstückweise in diesen Hefen und zusammenhängend in der im Grenzbotenverlag erschienenen Volkswirtschaftslehre gethan haben: das Sinken des Silberpreises kann unsern Export nach den Silberländern schädigen; allerdings beträgt der nur 3 bis 4 Prozent unsern Gesamtexports und — hat sich trotz des Rückgangs des Silberpreises im ganzen günstig entwickelt u. s. f.

Handwerks gewonnen werden. Hierzu erscheint es erforderlich, Erhebungen über die örtliche Verteilung der Handwerksbetriebe und einige andre mit der Organisation im Zusammenhang stehende Punkte zu veranstalten.“ In den dem Rundschreiben beigelegten „Vorschlägen für die Erhebung“ ist gesagt: „Die Erhebung hat den Zweck, Anhaltspunkte hinsichtlich der Anzahl, des Umfangs und der örtlichen Verteilung derjenigen Gewerbebetriebe zu gewinnen, die für eine allgemeine korporative, in erster Linie mit der Fürsorge für die Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen zu betrauende Organisation des Handwerks in Betracht kommen könnten.“

Bestimmter konnte wohl der Reichskanzler nicht aussprechen, welche hohe praktische Bedeutung er den Ergebnissen gerade dieser Erhebung beigelegt wissen wollte. Die Statistik sollte in der Handwerkerfrage das erste Wort haben.

Um nun durch die Erhebung den gewollten Zweck zu erreichen, war eine genaue durch Zählarten mit einer Reihe von Fragen auszuführende Zählung der einzelnen als „handwerksmäßige“ in Betracht kommende Gewerbebetriebe nicht zu umgehen. Andererseits aber konnte man sich mit einer „Stichprobenerhebung“ begnügen, wenn nur das Erhebungsgebiet richtig ausgewählt und groß genug war, Schlüsse auf die Zustände des Handwerks im ganzen Reiche zuzulassen. Das Erhebungsgebiet war folgendes: in Preußen die beiden Regierungsbezirke Danzig (12 Kreise) und Aachen (11 Kreise), sowie die fünf einzelnen Kreise: Oberbarnim, Waldenburg, Kalbe, Einbeck und Solingen; in Baiern die Bezirksämter Bruck, Stadthof und Neustadt a. S.; in Sachsen die Amtshauptmannschaften Pirna und Zwickau; in Württemberg der Oberamtsbezirk Göppingen; in Baden der Amtsbezirk Heidelberg; in Hessen der Kreis Friedberg und schließlich die Stadt Lübeck mit ihren Vorstädten. Darnach stellte sich die Zahl der Erhebungsbezirke — als solche die preussischen Kreise und entsprechenden Verwaltungsbezirke der andern Staaten betrachtet — im ganzen auf siebenunddreißig. Dem Flächenraum nach umfaßte das Erhebungsgebiet 18700 Quadratkilometer, d. i. etwa den dreißigsten Teil der Reichsfläche, und etwa 2292525 Einwohner, d. h. etwa den zweiundzwanzigsten Teil der Einwohnerchaft des Reichs nach dem Stande von 1890. Das Erhebungsgebiet wies auf: 2 Städte mit mehr als 100000 Einwohnern, 7 Städte mit 20000 bis 100000, 17 Städte mit 10000 bis 20000, 32 Ortschaften mit 5000 bis 10000, 112 mit 2000 bis 5000, 202 mit 1000 bis 2000, 513 mit 500 bis 1000, 1552 mit 50 bis 500 und 181 Ortschaften mit 50 und weniger Einwohnern.

Innerhalb dieses Gebietes mußte alles von der Zählung erfaßt werden, was zum „Handwerk“ gehörte. Der Reichskanzler hatte deshalb angeordnet, daß in die Erhebung einbezogen werden sollten a) alle Betriebe, die unzweifelhaft dem Handwerk zuzurechnen sind; b) alle Betriebe, bei denen es zweifelhaft sein kann, ob sie dem Handwerk oder den Fabriken zuzurechnen sind; c) die Betriebe der zu Hause für fremde Rechnung beschäftigten Personen, soweit sie als selbständige Gewerbetreibende nach der Gewerbeordnung bei der Behörde anzumelden sind. Als „Fabriken“ sollten dabei solche Gewerbebetriebe gelten, bei denen „die Merkmale des Fabrikbetriebs, insbesondere die Verwendung von Motoren, besondere bauliche Anlage, erhebliche Arbeiterzahl, weit getriebene Teilung der Arbeit, soziale Ungleichartigkeit zwischen Unternehmer und Gehilfen entweder sämtlich vorliegen oder wenigstens einzelne von ihnen scharf ausgeprägt sind.“ Außerdem war noch ein „Verzeichnis handwerksmäßiger Gewerbe“ vom Reichskanzler aufgestellt worden, ohne daß ersichtlich gemacht ist, nach welchen Grundsätzen dabei verfahren wurde. Das Verzeichnis enthielt 70 meist althergebrachte Handwerksnamen, wozu noch 28 Bezeichnungen von Spezialitäten des Schlosser-, Schmiede- und Schreinerhandwerks kommen,

die besonders zu zählen waren. Jedenfalls kann die Aufnahme mancher Handwerksbezeichnung und die Weglassung anderer angefochten werden. Das Statistische Amt hat denn auch 1036 Zählarten kassirt, weil sie „außerhalb der Erhebung stehende Gewerbe“ betrafen, d. h. doch wohl, weil sie nicht auf dem Verzeichnis des Reichskanzlers standen, darunter z. B. Cigarrenmacher, Tabakspinner, Photographen, Porzellan- und Glasmaler usw. Hier ist eine Klärung des Prinzips für die Zukunft wünschenswert, noch wünschenswerter freilich wäre es, wenn in Zukunft die in der ganzen Handwerkerfrage von heute mit die wichtigste Klasse, die in den „Vorschlägen“ des Reichskanzlers unter c ausdrücklich als in die Erhebung einzubeziehende aufgeführten „zu Hause für fremde Rechnung beschäftigten Personen“ nicht so ganz sang- und klanglos unter den Tisch fallen müßten.

Trotzdem ist dieser erste Versuch, Verhältnisse des Handwerks statistisch zu erfassen, in geradezu überraschendem Maße gelungen und damit die Möglichkeit, Berechtigung und Zweckmäßigkeit einer modernen Handwerksstatistik erwiesen. Man kann nur recht dringend wünschen, daß die amtliche Statistik des deutschen Reichs von jetzt an das Handwerk nicht mehr aus den Händen läßt, selbst wenn der erste Versuch der deutschen Handwerksstatistik noch nicht die praktische Verwertung finden sollte, die er finden könnte.

Einschließlich der von den Zählbehörden als auf der Grenze zwischen Fabrik und Handwerk, also als „zweifelhaft“ bezeichneten Betriebe sind im Erhebungsgebiet gezählt worden:

	61 257 Betriebsinhaber
	mit 1 084 Werkmeistern,
	„ 41 083 Gesellen,
	„ 21 541 Lehrlingen,
	„ 6 897 sonstigen gewerblichen Hilfspersonen.

Davon waren

	in unzweifelhaft zum Handwerk zu rechnenden Betrieben	in zweifelhaften Betrieben auf der Grenze zwischen Fabrik und Handwerk
Betriebsinhaber (Meister)	61 199	58
mit Werkmeistern	1 024	60
„ Gesellen	40 189	894
„ Lehrlingen	21 366	175
„ sonstigen gewerblichen Hilfspersonen	6 589	308

Auf dieser Unterlage ist nun das Statistische Amt der Aufgabe, ein Urteil über die tatsächliche Durchführbarkeit einer allgemeinen lokalen Organisation des Handwerks zu ermöglichen, in folgender Weise zu entsprechen bestrebt gewesen.

Zunächst hat man geglaubt, mit Rücksicht darauf, daß der Reichskanzler in erster Linie die Fürsorge für die Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen als Zweck der Organisation des Handwerks bezeichnet hatte, die Handwerksmeister, die ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiten, aussondern und, als zum Beitritt zu den örtlichen Zwangsgenossenschaften (Znnungen) nicht verpflichtet, bei der Frage, ob für einen bestimmten Bezirk die Bildung einer Znnung möglich sei oder nicht, außer Betracht lassen zu müssen. Ferner hat man den Berechnungen die Annahme zu Grunde gelegt, daß nur Berufsznnungen, nicht auch solche, in denen Meister verschiedener — vielleicht verwandter — Gewerbe vertreten sind, errichtet werden sollten.

Die Zahl der ohne Hilfspersonal arbeitenden Meister beläuft sich in dem Erhebungsgebiet auf 33 942 von den im ganzen gezählten 61 199 zweifellos dem Handwerk zugehörigen Meistern, sodaß nur 27 257 Personal beschäftigende Meister für die Zwangsinnungsbildung in Berechnung kamen.

Als Bezirke, die bei der Berechnung der Möglichkeit der allgemeinen örtlichen

Organisation als wesentliche Glieder eingestellt werden mußten, hat man drei verschiedene Größen angenommen: erstens die 156 „Zählbezirke,“ in die die 37 Erhebungsbezirke (Kreise nach preussischem Maßstabe) zerlegt waren, d. h. 26 „städtische Zählbezirke,“ bestehend aus den 26 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, einschließlich der Vorstädte, und 130 „ländliche Zählbezirke.“ In zweiter Linie hat man die „Erhebungsbezirke,“ also den preussischen „Kreisen“ entsprechende Bezirke, als Sprengel der örtlichen Innungen angenommen, und endlich drittens die Möglichkeit der Innungsbildung für den Fall noch berechnet, daß der ganze Regierungsbezirk (hier Danzig und Aachen) das Innungsgebiet bilden sollte. Je größer das Innungsgebiet, um so größer die Möglichkeit, die zur Innungsbildung erforderliche Anzahl von Personal beschäftigenden Meistern ein und desselben Handwerks im Bezirk zusammenzubringen, um so geringer aber auch die Aussicht auf ein wirklich leistungsfähiges Innungsleben.

Endlich kam noch in Betracht die „niedrigste Mitgliederzahl,“ bei der die Organisation einer örtlichen Zwangsinnung für zweckmäßig erachtet werden soll.

Hieraus und unter genauem Nachweis der Verteilung des in Betracht kommenden Personals auf die einzelnen Bezirke hat nun das Statistische Amt nachgewiesen: a) wieviele Berufsinnungen zu bilden möglich wäre, wenn zur Bildung einer Innung erstens mit dem „Zählbezirk“ als Innungsgebiet schon 5, 10, 15, 20, 30 — oder wenn zweitens zur Bildung einer Innung mit dem „Kreise“ als Innungsgebiet schon 10, 20, 30, 50, 100 Personal beschäftigende Meister niedrigste Mitgliederzahl genügen würden; b) wieviel Personal beschäftigende Meister, wieviel Gesellen, wieviel Lehrlinge und wieviel Hilfspersonen überhaupt von jeder dieser Innungen erfaßt werden würden. Diese Berechnung ist für alle 156 Zählbezirke, 37 Kreise und die beiden Regierungsbezirke einerseits, und für die 70 Handwerke und die 28 Spezialitäten der Schlosser, Schmiede und Schreiner andererseits durchgeführt worden.

Greifen wir die „Zählbezirkinnung“ mit einer niedrigsten Mitgliederzahl von 10 Meistern heraus, so ergibt sich, daß sich für alle 156 Zählbezirke des Erhebungsgebietes und die 98 Handwerkszweige im ganzen 751 Innungen nach der heutigen örtlichen Verteilung der zu diesen Handwerkszweigen gehörenden Personal beschäftigenden Meistern bilden lassen, und zwar 257 Innungen der städtischen Bezirke in 37 Handwerken und 494 Innungen der ländlichen Bezirke in 31 Handwerken. Das heißt: es können unter obigen Annahmen 751 Innungen gebildet und 14 537 Innungen nicht gebildet werden.

Für das gesamte Handwerk ergibt sich ferner, daß erfaßt werden würden bei Zählbezirkinnungen

	mit einer niedrigsten Mitgliederzahl von				
	5	10	15	20	30
von je 100 Meistern überhaupt	36	30	24	19	13
von je 100 Meistern mit Personal	82	66	53	44	30
von je 100 Gesellen	81	65	51	42	25
von je 100 Lehrlingen	81	63	51	41	27

Man sieht schon aus diesem Beispiel, welche Schwierigkeiten der Durchführung einer allgemeinen örtlichen Organisation des Handwerks aus der örtlichen Verteilung der Handwerker erwachsen, wenn man einerseits an der Berufsinnung und andererseits an kleinen Innungsgebieten mit einer nicht allzu kleinen niedrigsten Mitgliederzahl im Interesse der wirklichen Leistungsfähigkeit der Innungen festhalten will. Wie verlautet, ist man auch an maßgebender Stelle schon von der ausschließlichen Zulassung von Berufsinnungen zurückgekommen; es sollen auch Innungen „verwandter“ Gewerbe in Aussicht genommen werden.

Außer der Frage nach dem Einfluß der örtlichen Verteilung der Handwerker auf die Durchführbarkeit einer allgemeinen örtlichen Organisation in Zwangsinnungen hatte der Reichskanzler noch vorgeschrieben, daß man durch die Erhebung darüber Aufklärung zu gewinnen versuchen sollte, inwieweit die weit verbreitete Annahme der Wirklichkeit entspreche, „daß die Zahl derjenigen Unternehmer von Handwerksbetrieben, die eine sachmännische Vorbildung entweder gar nicht oder nur in unzulänglicher Weise genossen haben, eine recht erhebliche sei und schon aus diesem Grunde die zweckentsprechende Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses bei dem gegenwärtigen Zustande und noch mehr bei dessen Fortdauer gefährdet erscheine.“ Auch diese Erhebung über die sachmännische Vorbildung der heutigen Unternehmer von Handwerksbetrieben ist mit großer Gründlichkeit durchgeführt worden. Dabei sind von den im ganzen gezählten 61 199 unzweifelhaft zum Handwerk gehörigen Unternehmern 1607 weibliche Prinzipale ausgeschlossen worden, sodaß nur 59 592 Meister im Erhebungsgebiet in Betracht kommen. Das Ergebnis ist folgendes:

Von 100 Meistern haben eine Lehrzeit durchgemacht	überhaupt	bis 1 Jahr	von 1 bis 2 Jahr	von 2 bis 3 Jahr	mehr als 3 Jahr	im jetzigen Gewerbe	in einem andern Gewerbe	bei einem Handwerksmeister	in einer Fabrik
im ganzen Erhebungsgebiet	96,8	3,3	12,1	56,9	23,7	96,1	0,7	96,1	0,7
in den Städten	98,0	0,7	6,1	52,0	38,3	97,2	0,8	97,7	1,2
in den ländlichen Bezirken	96,3	4,3	14,4	58,7	18,1	95,7	0,6	95,9	0,4

Die an und für sich sehr geringe Anzahl der Meister ohne Lehrzeit ist in den ländlichen Bezirken, einschließlich der Städte unter 10 000 Einwohnern, etwas größer als in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern. Auch die Meister mit kurzer Lehrzeit sind in den ländlichen Bezirken zahlreicher als in den Städten, während die Meister mit langer Lehrzeit weit mehr in den Städten zu finden sind als auf dem Lande. Von den Meistern mit Lehrzeit betreiben im ganzen nur 0,7 Prozent ein andres Gewerbe, als in dem sie ihre Lehrzeit durchgemacht haben, ebenso haben nur 0,7 Prozent ihre Lehrzeit nur in einer Fabrik überstanden, während 96,1 Prozent bei einem Handwerksmeister gelernt haben. Von den 3,2 Prozent, die ohne Lehrzeit sind, haben viele in Fachschulen, Lehrwerkstätten, beim Militär, auch in Taubstummen- und Blindenanstalten eine gewisse sachmännische Vorbildung genossen. Jedenfalls hat die Erhebung ergeben, daß von dem Fehlen einer sachmännischen Vorbildung kaum recht die Rede sein kann, wobei freilich nicht zu vergessen ist, daß durch statistische Zählarten der erzieherische Wert der durchgemachten Lehrzeit nicht erfaßt werden konnte.

Wir müssen uns hier mit diesen Ausführungen begnügen. Ein so umfangreiches statistisches Tabellenwerk ist nur durch eine Reihe von Einzelbildern von den verschiedenen Gesichtspunkten aus dem größern Interessentenkreise zu erschließen und genießbar zu machen. Es ist zu bedauern, daß nach dieser Richtung hin für die gewaltigen Materialsammlungen der Statistik des deutschen Reichs bisher so wenig geschehen ist. Möge dies den besonders umfangreichen Zählarbeiten von 1895 nicht wieder so ergehen.

Die öffentlichen Prüfungen. Es ist in Preußen mit großem Beifall begrüßt worden, daß der Kultusminister mit einem Federstrich die öffentlichen Prü-

fungen an den höhern Schulen beseitigt hat. Im Laufe der Jahre hatten sich bei den Prüfungen soviel Übelstände, Störungen und unnütze Aufregungen eingestellt, daß die ganze Einrichtung zu einer wahren Plage für die Schüler, ja die Lehrer und selbst für die Eltern geworden war. Die Schüler wußten nicht recht, weshalb sie eigentlich für diese Prüfung, die keinen Einfluß auf die Zensur und die Versetzung haben sollte, gedrückt wurden. Die Lehrer verstanden nicht, weshalb sie sich und ihre Schüler der Kritik eines zusammengewürfelten, oft sehr urteilslosen Publikums aussetzen sollten, da doch die fachmännisch gebildeten Aufsichtsbehörden nicht allein das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, jederzeit an ihrem Unterricht in der Klasse teilzunehmen und sich über die Leistungen der Lehrer ein Urteil zu bilden. Die Eltern endlich fühlten es als einen unangenehmen Zwang, doch auch bei diesen öffentlichen Vorführungen zu erscheinen, damit die Lehrer und der Herr Direktor nur nicht denken könnten, sie hätten kein Interesse für die Schule. Da aber in einem geordneten Haushalte weder der durch seinen Beruf in Anspruch genommene Vater noch die in der Wirtschaft vollauf beschäftigte Mutter vormittags in die Schule laufen konnte, so pflegte die Vertretung des Hauses irgend einer alten Tante, genannt Kulalia, übertragen zu werden. Vor einer solchen würdigen Gesellschaft alter Tanten pflegte sich dann die ganze Schulkomödie abzuspielen. Der mit Orden geschmückte Direktor schritt würdevoll einher, die befrachteten Lehrer, leicht gerötet von der Aufregung des Tages, bewegten sich geschäftig vor der staunenden Gesellschaft und führten im Flüstertone alles ordnend die Klassen in die Aula. Andre saßen dumpf brütend an den langen Tischen und starrten auf ihre weiße Wäsche oder auf die vor ihnen liegenden unzähligen Schulprogramme. Andre wieder, die an der Vorführung nicht beteiligt waren, standen mit sarkastischem Lächeln an den Wänden und verwünschten die ganze Parade, deren Gaukelwerk sie genau kannten, und die ihnen soviel kostbare Zeit raubte. Denn die Komödie dauerte fast eine ganze Woche.

Dieser Unfug ist nun in Preußen seit einiger Zeit glücklich beseitigt worden, und es giebt wohl keinen verständigen Schulmann, der ihn wieder zurückwünschte. Anderwärts dauert er aber noch fort und wird, da man sich scheut, preussische Einrichtungen im Schulwesen anzunehmen, wahrscheinlich auch noch ein paar Jahrzehnte fortzu dauern, bis die letzte Kulalia verschwunden, und man zu der Einsicht gekommen sein wird, daß es doch besser und erfolgreicher ist, in aller Stille eine Woche weiter zu arbeiten, als vor der Öffentlichkeit ein pädagogisches Effekttück aufzuführen. Wichtige geistige Arbeit ist zu ernsthaft und zu keusch, als daß sie eine öffentliche Schaustellung dieser Art verträge.

Litteratur

Das Elend in der Hausindustrie der Konfektion. Von Oda Olberg. Leipzig, Fr. Wilt. Grunow, 1896. Preis 1 Mark

Wie die Leser aus den Zeitungen wissen, stehen Tausende von deutschen Konfektions-Arbeitern und Arbeiterinnen im Begriff, die Arbeit einzustellen; in einer Anzahl von großen Städten haben sie bereits eingestellt; die Bewegung geht von Berlin aus und hat bis jetzt vorzüglich Breslau, Stettin, Erfurt und Hamburg ergriffen. In Breslau versammelten sich am 5. Februar siebzehn von den betroffenen sechsundzwanzig Unternehmern zu einer Beratung, bei der, wie es in dem